RP-A4 4. GRÜN WÄHLEN UND BAYERN LEBEN

Antragsteller*in:	Entwurf Regierungsprogramm LV
Tagesordnungspunkt:	9.2. Anträge Landtagswahlprogramm (Änderungsanträge bitte anhand der eingestellten Kapitel des Entwurfs des Landesverbandes stellen)

Text

4.1 GUT LEBEN AUF DEM LAND

Auf dem Land fühlt sich unser schönes Bayern anders an als in der Stadt – und das soll auch so bleiben. Wer am Land wohnt, weiß am besten, was getan werden muss, damit es sich jetzt und in Zukunft am Land gut leben lässt, und packt mit an. Deshalb bestärken wir Bayerns ländliche Regionen weiterhin, die eigenen Ideen in die Tat umzusetzen, schaffen neue finanzielle Spielräume und sorgen dafür, dass ihre Anliegen auf Landesebene gehört werden. So bleibt unser Land das Land der Möglichkeiten.

Wenn Gestaltungsspielräume geöffnet sind, nutzen die Menschen vor Ort sie selbstständig und sinnvoll. Wir geben endlich auch den Kommunen auf dem Land die Möglichkeit, einfache Baugebote zu erlassen und so dafür zu sorgen, dass baureife Grundstücke auch wirklich schnell genutzt werden. So können wir Kommunen beleben und Flächensparen. Denn wir decken den Flächenbedarf mit bereits erschlossenen Flächen, anstatt immer wieder neue Baugebiete ausweisen zu müssen. Zudem gehen wir so gegen das Dorfkernsterben vor, erhöhen die Lebensqualität und stellen Versorgungssicherheit her.

Dafür benötigen wir mehr frei verfügbares Geld in Bayerns Gemeinden und Städten, zum Beispiel über Regionalbudgets. Zur einzigen Voraussetzung machen wir dafür die Kooperation unter Nachbargemeinden. Wir belohnen, wenn sich Kommunen gemeinsam auf den Weg machen, und schaffen ein Bonussystem für interkommunale Projekte wie Gewerbehöfe oder gemeinsam genutzte Sportplätze.

Ob Schwimmbad, Spielplatz, Dorfladen oder kommunal betriebenes Wirtshaus: Kommunen sollen selbst entscheiden, was sie brauchen. Dafür wollen wir den Förderdschungel lichten. Die Fördermittel müssen fließen, ohne dass eine ganze Verwaltungsabteilung der Gemeinde für Beantragung und Abwicklung lahmgelegt wird.

Leistungsfähige Landesentwicklung und professionelle Regionalplanung

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen ist als Ziel in der Bayerischen Verfassung verankert. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir handeln. Es ist Aufgabe der Landesentwicklung, Infrastrukturen und Leistungen der Daseinsvorsorge räumlich so zu koordinieren, dass sie für jede*n erreichbar und zugänglich sind. Das werden wir mit einer starken Landes- und Regionalplanung tun und damit unsere Natur schützen und den regionaltypischen Charakter unserer Regionen erhalten.

In den letzten Jahrzehnten wurde die Landesplanung jedoch systematisch geschwächt. Unser Ziel ist eine Landesplanung, die – im Austausch mit den relevanten Fachplanungsstellen und allen politischen Ebenen – klare Leitlinien

für die räumliche Entwicklung in Bayern formuliert. Wir setzen uns für eine Landesplanung ein, die der Gerechtigkeit auf allen ihren Ebenen Rechnung trägt. Damit das gelingt, wollen wir sie wieder handlungsfähig machen und inhaltlich sowie institutionell neu ausrichten. Wir werden die personelle Ausstattung der Landes- und Regionalplanung deutlich verbessern.

Planungsprozesse auf allen Ebenen machen wir transparenter und demokratischer. Das schafft Vertrauen und Akzeptanz. Zudem stärken wir die Kohärenz der Landesplanung mit anderen Politikfeldern und übergeordneten Strategien und Zielen, insbesondere den Pariser Klimazielen und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Begleitet wird die Stärkung der Landes- und Regionalplanung durch fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse, für die wir die institutionellen Grundlagen schaffen.

Daheim aufm Land

Wo saubere Energie produziert wird, müssen die Menschen vor Ort auch davon profitieren. Wir wollen die Kommunen für die Erzeugung erneuerbarer Energien durch Windräder, Fotovoltaik und Geothermie über die Gewerbesteuer hinaus mittels eines „Energiegewinner- Bonus“ vergüten. So finanzieren die Windräder am Ort zum Beispiel das Schwimmbad mit. Damit der Strom auch dort ankommt, wo er gebraucht wird, verbessern wir die Einspeisemöglichkeiten für Strom aus erneuerbaren Energien. Auf diesem Weg schaffen wir Regionen der Energiegewinner*innen, und die Klimaneutralität findet dort ihren Anfang, wo der Pioniergeist daheim ist: auf dem Land.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ohne sie kaum möglich. Das eigene Auto wird auf dem Land weiterhin ein Mobilitätsbaustein bleiben. Wir werden aber dafür sorgen, dass es immer leichter wird, das eigene Auto auch mal stehen zu lassen und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Dafür vernetzen wir Busse, Bahnen und Rufangebote. Wir reaktivieren bayernweit alle geeigneten Bahnstrecken und entwickeln clevere Lösungen für den Weg von der Haltestelle bis zur eigenen Haustür, indem wir zusätzlich Radverkehr, Carsharing und Rufangebote vernetzen. Unser Ziel ist es, dass der Nahverkehr auf dem Land verlässlich, flächendeckend, inklusiv und bezahlbar wird.

Lokale und regionale Produkte boomen. Wir schaffen Plattformen und Netzwerke für regionale Produzent*innen, damit regionale Produkte auch vermehrt online erhältlich sind. Eigene Lieferdienste stärken dabei künftig den Einzelhandel und den Absatz regionaler Produkte. Das begleiten wir mit passenden Förderstrukturen und einem Gerüst digitaler Marktplätze, die von Regionen oder einzelnen Kommunen genutzt werden können. Zudem unterstützen wir die kommunale oder genossenschaftliche Infrastruktur für die Verarbeitung und den Vertrieb von Lebensmitteln, zum Beispiel regionale Molkereien, Mühlen und Brauereien. Für mehr regionale Wertschöpfung und Produktions- und Vermarktungsketten mit kurzen Wegen sollen neu geschaffene, gut ausgestattete Regionalmanager*innen in allen Landkreisen sorgen. Ihre Aufgabe ist es, regionale Hersteller*innen und Händler*innen zu beraten, zu vernetzen und zu koordinieren.

Wir GRÜNE möchten, dass die Qualität des Lebens nicht vom Wohnort abhängig ist. Wir helfen daher Kommunen dabei, Kunst und Kultur auf dem Land zu stärken – indem sie Theater, Vereine und Museen unterstützen oder Angebote für unsere

Jüngsten und Ältesten schaffen. Alternatives Wohnen und Zusammenleben möchten wir unter anderem in Mehrgenerationenhäusern und zentralen Treffpunkten ausbauen. Wir unterstützen beispielsweise Co-Working-Projekte im Dorfkern. Digital verfügbare Angebote zur Nachbarschaftshilfe und die digitale Verwaltung unterstützen wir. Grundlegend dafür ist, dass der Netzausbau auf dem Land auf den neuesten Stand der Technik gebracht wird.

Schnelles Internet ist unabdingbar in einer sich immer weiter digitalisierenden Welt, sei es für den Einkauf, das Homeoffice oder das Homeschooling. Wir setzen uns dafür ein, dass bis 2030 alle Gemeinden Bayerns mit mindestens 50 Megabit und Glasfaseranschluss ausgestattet sind.

Projekte

Mobilitätsgarantie: Stündlich ein Bus in jedes Dorf – wir vernetzen das Land. Mit unserer Mobilitätsgarantie sorgen wir dafür, dass in jedem Ort von 5 bis 24 Uhr mindestens einmal je Stunde ein (Ruf-)Bus oder ein Zug fährt. Damit kann sich auch jeder Mensch auf dem Land auf einen günstigen und bequemen öffentlichen Nahverkehr verlassen. Für ein attraktives Angebot brauchen wir gut aufeinander abgestimmte Verbindungen. Hierfür schaffen wir flächendeckend Verkehrsverbünde in ganz Bayern.

Gründung eines Bayerischen Landesinstituts für die raumbezogene Forschung: Durch die Gründung eines Instituts für raumbezogene Forschung stellen wir sicher, dass Konzepte und Handlungsvorschläge zur Raumordnung, Landes-, Regional- und Stadtplanung, zu Städtebau und ländlicher Entwicklung explizit mit regionalen Besonderheiten verknüpft werden. Außerdem soll ein aussagekräftiges Monitoringsystem für gleichwertige Lebensverhältnisse und räumliche Gerechtigkeit etabliert werden.

Neustart beim Landesentwicklungsprogramm (LEP): Unter echter Beteiligung von Kommunen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Bürger*innen bringen wir das LEP mit einer Komplettfortschreibung auf die Höhe unserer Zeit. Inhaltlich ist dabei unsere Richtschnur: der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wie etwa der sparsame Umgang mit der Ressource Boden, eine attraktive Daseinsvorsorge für alle gesellschaftlichen Gruppen und gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in allen Regionen Bayerns.

4.2 BAYERNS STARKE KOMMUNEN UND EINE MODERNE UND LEISTUNGSFÄHIGE LANDESVERWALTUNG

Es sind unsere Städte und Dörfer, unsere Gemeinden, Landkreise und Bezirke, die Bayern zu einem lebenswerten Zuhause für alle Menschen machen. Wir GRÜNE werden Bayerns Kommunen stärker als bisher bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der kommunalen Selbstverwaltung unterstützen. Wir sorgen für flexible Rahmenbedingungen, die es ihnen besser ermöglichen, ihre Aufgaben und Herausforderungen selbstverantwortlich gerecht zu werden.

Städte,Gemeinden und Landkreise haben einen hohen Investitionsbedarf, Bezirke müssen gleichzeitig gemeinsam mit den anderen kommunalen Ebenen hohe soziale Leistungen finanzieren. Straßen und Radwege, Wasser- und Abwassersysteme müssen instandgehalten, Schulgebäude und Schwimmbäder saniert werden. Lebendige Ortszentren, öffentlicher Nahverkehr, Energiewende oder Katastrophenschutz – die Aufgaben der Kommunen werden mehr, die finanzielle und personelle Ausstattung muss entsprechend steigen. Die unübersichtliche Vielzahl staatlicher

Förderprogramme wollen wir daher zugunsten einer besseren finanziellen Grundausstattung deutlich verringern. Dafür werden wir den kommunalen Finanzausgleich umgestalten. Klimaschutz machen wir zur kommunalen Pflichtaufgabe und sorgen dafür für eine bedarfsgerechte personelle und finanzielle Ausstattung der Kommunen.

Gutes Zusammenleben und vorausschauende Weiterentwicklung enden nicht an der Gemeindegrenze. Allein die Klimakrise zeigt uns, dass wir Grenzen überwinden müssen. Wir werden interkommunale Zusammenarbeit unbürokratisch fördern und neue Kooperationsformen ermöglichen, damit die Kommunen gemeinsam und bedarfsgerecht handeln können. So entlasten wir auch die kommunalen Verwaltungen. Nach den Grundsätzen „Innen vor außen“ und „Orte der kurzen Wege“ setzen wir konsequent auf lebendige Ortszentren und innovatives, bezahlbares Wohnen in Städtesn und Dörfern. Die Anwendung der Instrumente zur Innenentwicklung werden wir vereinfachen und Verwaltungen durch Fortbildungsangebote unterstützen.

Demokratie lebt vor Ort. Alle Menschen sollen sich an demokratischen Prozessen an ihrem Wohnort beteiligen können. Um das kommunale Ehrenamt attraktiver zu machen, wollen wir die Vereinbarkeit mit Familie und Beruf erleichtern und es so insbesondere mehr Frauen ermöglichen, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Dazu führen wir Vertretungsregelungen bei längeren Auszeiten ab 3 Monaten ein, sorgen für finanzielle Erstattung der Betreuungskosten von Kindern und zu pflegenden Angehörigen während Gremiensitzungen und führen einen gesetzlichen Anspruch auf Arbeitsfreistellung beim Arbeitgeber ein.

Die Digitalisierung spielt im Alltag der Kommunen eine immer größere Rolle. Wir machen Städte und ländliche Räume zu intelligenten, digital vernetzten Orten mit mehr Lebensqualität für alle. Wir sind in Zukunft flexibel mit Leihrad, Carsharing, Mitfahr-App oder Bus und Bahn mobil. Mit modernen Sensoren entdecken wir Lecks in Leitungen schneller und verhindern so größere Schäden. Hierbei werden wir die Kommunen umfassend unterstützen. Mit bedienungsfreundlichen, serviceorientierten Online- Anwendungen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes begünstigen wir eine bürger*innenfreundliche Verwaltung, ermöglichen Erledigungen von Zuhause und tragen zu mehr Transparenz bei.

Moderne und leistungsfähige Landesverwaltung

Der öffentliche Dienst ist nicht nur der Hüter von Demokratie und Rechtsstaat und die Brücke zwischen Politik und Bürger*innen. Er ist auch ein wichtiger Arbeitgeber. Deshalb brauchen wir eine starke und leistungsfähige Verwaltung mit kompetenten Kräften, die die vielen Aufgaben meistern, die die Volksvertretungen ihnen übertragen. Den Schatz an Wissen und Erfahrung in der Verwaltung nutzen wir für eine Modernisierung und für Innovationen in der Staatsverwaltung. Wir verstehen Verwaltung als Dienstleistung und setzen auf Bürger*innennähe, Effektivität und Effizienz und Kreativität im Sinne der besten Lösung. Wir sorgen für eine gute personelle und technische Ausstattung und ein angenehmes Arbeitsumfeld mit einer positiven Fehlerkultur. In der Regierung stehen wir für eine moderne Führungs- und Verwaltungskultur, die Ideen und Anregungen honoriert – egal von wem sie kommen. Allgemein verständliche Sprache in der Kommunikation mit den Bürger*innen macht diese Grundsätze sichtbar.

Wir treiben die Digitalisierung in der Verwaltung massiv voran. Wir hinterfragen und verschlanken Prozesse und Abläufe und bauen daraufhin Online-

Serviceleistungen für Bürger*innen und Unternehmen um und aus. Dazu führen wir ein zeitgemäßes Open- und E- Government ein, entwickeln Standards innerhalb der Verwaltung auch über Bayern hinaus und verbessern Schlüsselprozesse und Schnittstellen. Mit uns gibt es Homeoffice für die Beschäftigten überall dort, wo es möglich ist und im Einklang mit der notwendigen Präsenz in der Verwaltung. Team- und Projektarbeit helfen dabei, lösungsorientiert zu arbeiten und klassische Zuständigkeiten neu zu vernetzen. Wir machen das Petitionsrecht zum modernsten und bürgerfreundlichsten in ganz Deutschland und setzen eine*n unabhängige*n Bürgerbeauftragte*n ein. Aufgabe dieser Person ist es, die Anliegen der Bürger*innen als Mediator*in zu lösen.

Wir wollen einen durchlässigeren öffentlichen Dienst, in dem der Wechsel aus der und in die Privatwirtschaft und zwischen Behörden nicht mehr die Ausnahme ist, sondern zum Normalfall wird. Mit uns wird der öffentliche Dienst ein Abbild der Bevölkerung und wettbewerbsfähiger Arbeitgeber. Quereinsteiger*innen finden attraktive Rahmenbedingungen vor, sodass die Verwaltung im Wettstreit mit dem privaten Sektor um Fachkräfte gut aufgestellt ist. Wir reformieren die Beamt*innenausbildung und bauen die Hochschule für den öffentlichen Dienst weiter zu einer anwendungsorientierten Lehr- und Forschungseinrichtung mit einem Kompetenzzentrum für Verwaltungsmodernisierung aus.

Projekte

Mit Energieagenturen für alle Landkreise die Energiewende vor Ort voranbringen: Für die Energiewende laufen viele Fäden auf der kommunalen Ebene zusammen. Deshalb brauchen wir ein niederschwelliges Beratungsangebot vor Ort. Mit einem flächendeckenden Netz von regionalen Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen wir dieses Angebot, von Energieberatung und Solaranlagen-Bündelaktionen für Mieter*innen und Hausbesitzer*innen über Förderantrags-Lots*innen für Unternehmen und Kommunen bis zur Beteiligung der Bürger*innen an konkreten Projekten. Die Agenturen werden üppig ausgestattet und stellen Dreh- und Angelpunkt der lokalen Energiewende dar.

Siegel „Kommunale IT-Sicherheit“: Kommunen werden immer häufiger das Ziel von Hackerangriffen. Trotz dieser Gefährdungslage sind vor allem kleinere Kommunen in Bayern nicht ausreichend auf Bedrohungen durch Cyberattacken vorbereitet. Um die IT-Sicherheit zu erhöhen, werden wir dafür Sorge tragen, dass bis 2024 alle Kommunen über das Siegel „Kommunale IT-Sicherheit“ verfügen.

Bürgerfreundliches Petitionswesen: Wir GRÜNE wollen das bürgerfreundlichste, transparenteste und modernste Petitionswesen in Deutschland einführen. Ein*e unabhängige*r Bürgerbeauftragt*er beim Landtag soll Beschwerden über die Verwaltung mediatorisch lösen und die Bürger*innen dadurch aktiv an einer Lösungsfindung beteiligen. Im Petitionsverfahren beim Landtag wollen wir dauerhaft die Liveübertragung im Internet einführen und die Möglichkeit etablieren, sich als Petent*in per Video zuzuschalten. Wir wollen ein angemessenes Rederecht für Petent*innen im Ausschuss und dass Stellungnahmen der Staatsregierung im Vorfeld der Behandlung verschickt werden. Wer an der schriftlichen Formulierung seiner Petition gehindert ist, soll gesetzlich verankert Hilfestellung in Anspruch nehmen können. Auch eine Einreichung in englischer Sprache sowie die Möglichkeit, Anliegen auch anonym zu behandeln, sind für uns wichtige Bausteine in einem bürgerfreundlichen Petitionswesen.

4.3 STARKES EUROPA – STARKES BAYERN

Bayern liegt im Herzen Europas und profitiert vielfältig und weitreichend von der Europäischen Union. Gleichzeitig steht Europa im Moment unter erheblichem Druck, auch mit Folgen für Bayern. Der russische Krieg in der Ukraine stellt die EU vor ungeahnte sicherheitspolitische und humanitäre Herausforderungen. Und auch in ihrem Innern hat die EU mit Populismus und Nationalismus zu kämpfen. Wir sind uns deswegen unserer Verantwortung für eine starke, handlungsfähige und an demokratischen Werten orientierte EU bewusst. In Brüssel und Berlin werden wir als verlässlicher und solidarischer Partner auftreten. Im Dialog mit den EU-Institutionen setzen wir uns für eine Stärkung der europäischen Demokratie durch transnationale Listen bei Europawahlen und mehr direkte Bürgerbeteiligung ein.

Die milliardenschwere EU-Förderung wollen wir in allen Bereichen konsequent auf sozial gerechten Klima- und Umweltschutz ausrichten und damit den Beschluss des europäischen Parlaments unterstützen, die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mehr als 60 Prozent, bezogen auf das Jahr 1990, zu reduzieren. Die bayerischen Programme zur Verteilung von EU-Geldern werden wir überarbeiten, um möglichst viel Klimaschutz, eine nachhaltige Landwirtschaft und soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Im Dialog mit den Kommunen und Rettungsorganisationen werden wir außerdem die bayerische Beteiligung am europäischen Katastrophenschutz deutlich ausbauen. Bayern hilft in Notlagen und steht in Krisensituationen fest an der Seite der europäischen Partner.

Der europäische Binnenmarkt ist seit 30 Jahren Garant für den Erfolg unserer bayerischen Wirtschaft. Wir setzen uns ein für die Stärkung des Binnenmarkts und gegen nationale oder regionale Alleingänge, denn nur mit gemeinsamen Regeln können wir gemeinsame Erfolge feiern. Unsere Wirtschaft unterstützen wir bei der weiteren Harmonisierung, um ihre Zukunftsfähigkeit zu garantieren.

Europa ist das Versprechen, dass Grenzregionen in Frieden und Wohlstand immer enger zusammenwachsen. Die Lebens- und Arbeitsmodelle sind hier ebenso wie Freundschaften, Familie und Kulturleben tagtäglich auf einfache Grenzübertritte gebaut. Die Grenzschließungen in der Corona-Pandemie waren ein Vertrauensbruch und eine starke Belastung, ebenso wie die seit 2015 bestehenden stationären Binnengrenzkontrollen. Wir wollen sie beenden und mit effektiven mobilen Grenzkontrollen ersetzen. So entlasten wir Menschen und Wirtschaft in den Grenzregionen und fokussieren die Ressourcen der Polizei zielgenau auf Fälle mit besonders hoher krimineller Energie. Die Sicherung der Staatsgrenze ist Bundessache, daher werden wir die bayerische Grenzpolizei auflösen. Wir werden die Zusammenarbeit mit Tschechien und Österreich auf Augenhöhe ausbauen und nach dem Vorbild der Bodenseekonferenz eine Plattform für den grenzüberschreitenden Austausch schaffen. Erfolgreiche Einrichtungen der Grenzregion wie die Europaregionen (Euregiones) erhalten künftig eine Grundfinanzierung.

Grundlage eines immer enger zusammenwachsenden Europas sind gut ausgebaute grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen. Wir wollen, dass diese grenzüberschreitende Mobilität in Zukunft umweltfreundlich und klimaneutral ist. Wir fördern den grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr mit attraktiven Kombi-Tickets und Verbindungen in den Grenzregionen und setzen uns gemeinsam mit dem Bund für den Ausbau und die Elektrifizierung der grenzüberschreitenden Bahninfrastruktur sowie ein attraktives europäisches Nachtzugnetz mit Knotenpunkten im Freistaat ein, damit die Bayer*innen in Zukunft noch schneller

und bequemer zum Beispiel nach Prag oder nach Italien reisen können. Wir wollen den alpenquerenden Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern und setzen uns deshalb für eine Alpentransitbörse ein.

Für die Menschen in Bayern werden wir Europa erlebbar machen. Insbesondere für junge Leute soll das europäische Herz hörbarer schlagen: Wir ermöglichen allen jungen Menschen in Schule, Ausbildung oder Studium eine Austauscherfahrung. Hierzu statten wir die Stiftung Jugendaustausch Bayern mit mehr Mitteln aus. Wir setzen uns für Tschechisch-Unterricht in den grenznahen Schulen ein. Darüber hinaus werden wir kostenfreie Bahntickets an junge Menschen ausgeben, damit sie Europa auf eigene Faust erkunden können.

Projekte

Erlebe Europa! Jedes Jahr werden wir 1000 Interrail-Tickets an junge Menschen in Bayern verlosen. Mit den kostenfreien Bahntickets können Jugendliche unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern Europa auf eigene Faust erkunden und neue Freundschaften über Grenzen hinweg schließen. Die Tickets machen Lust auf mehr klima- und umweltschonendes Reisen.

Mit einem attraktiven Nachtzugnetz Europa enger zusammenbringen: Mit Nachtzügen lässt sich bequem durch ganz Europa reisen, sie sind eine attraktive und umweltfreundliche Alternative zu Flugzeug und Straße. Mit uns GRÜNEN macht Bayern ein attraktives europäisches Nachtzugnetz mit zentralen Knotenpunkten in Bayern zur politischen Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass München und Nürnberg zu zentralen Knoten im europäischen Nachtzugverkehr ausgebaut werden und weitere attraktive Zustiegsmöglichkeiten im Freistaat unter anderem in Regensburg, Augsburg, Würzburg und Passau bestehen. Wir stimmen den Nahverkehr im Freistaat so mit den bestehenden und künftigen Nachtzugverbindungen ab, dass Nachtzüge auch aus ländlichen Regionen komfortabel erreicht werden können. Bayern liegt im Herzen Europas. Ein attraktives Nachtzugnetz ist deshalb für viele bayerische Städte eine große Chance, ihre Verkehrsanbindung zu stärken.

4.4 FRAUEN GESTALTEN BAYERN – FÜR EINE MODERNE FRAUENPOLITIK

Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe – im Beruf, in der Politik, ja in unserer gesamten Gesellschaft. Gleichzeitig sollte jeder Mensch genug Zeit haben, mit seinen Liebsten zusammen zu sein. Deshalb wollen wir Bayern zum ersten gleichberechtigten Bundesland machen. Wir stehen für eine feministische Politik, immer und überall, denn sie verbessert das Zusammenleben für alle Geschlechter, stabilisiert unsere Gesellschaft, baut das Potenzial unserer Wirtschaft aus und stärkt unsere Demokratie.

Die Frauenbewegung und wir GRÜNE haben schon einiges erreicht, aber es gibt gerade im Freistaat noch viel zu tun. In Bayern ist der Lohnabstand zwischen Männern und Frauen von allen Bundesländern am größten und das Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder besonders schlecht. Bayerns Frauen sind im Vergleich der Bundesländer am stärksten von Altersarmut bedroht, ihre Rentenansprüche im Vergleich zu Männern sind im Ländervergleich weiterhin sehr niedrig.

Ja zu echter Gleichstellung

Wir GRÜNE sorgen deshalb endlich für gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit, im Freistaat besonders durch ein Vergabegesetz für öffentliche Aufträge. Wir sichern ein gutes Betreuungsangebot für alle Kinder auf dem Land und in der Stadt, das sich an die Bedürfnisse der Familien anpasst. Wir setzen uns für mehr Akzeptanz und Angebote für Mütter und Väter in Unternehmen ein und machen bis 2035 alle Unternehmen familienfreundlich, damit Beruf und Familie wirklich für alle vereinbar werden. Mit uns müssen sich Väter nicht mehr vor ihren Arbeitgeber*innen rechtfertigen, wenn sie mehr als zwei Monate Elternzeit nehmen möchten. Wir fördern alle Familien mit Kindern, insbesondere auch Alleinerziehende, und unterstützen flexible Arbeitszeitmodelle. Wir wollen mehr Frauen in allen Führungsebenen, ob in Unternehmen, Hochschulen, Medien oder Kultureinrichtungen. In Aufsichtsräten, im öffentlichen Dienst und bei Unternehmen, die mehrheitlich im Besitz des Landes Bayern sind, erreichen wir das durch verbindliche Quoten.

Geschlechtergerechtigkeit muss ein verbindliches Förderkriterium bei der Vergabe von staatlichen Geldern werden. Wir stehen für eine freie Berufswahl sowie für die Überwindung überholter Rollenbilder und sexistischen Denkens und Handelns. Deshalb überarbeiten wir die Lehrpläne und Lehrmaterialien der Schulen, damit geschlechtersensibles Denken und Handeln Standard wird.

Wir wollen eine gleichberechtigte Vertretung der Geschlechter in allen Parlamenten. Deshalb setzen wir uns für eine Reform des Wahlrechts und ein Paritätsgesetz ein, damit das Parlament auch die gesellschaftliche Realität widerspiegelt. Die Hälfte der Sitze muss Frauen zustehen. Wir führen im Staatshaushalt einen gendergerechten Haushaltsplan ein und achten darauf, Steuergeld gleichberechtigt für alle Geschlechter zu nutzen.

Nein zu Gewalt

Sexualisierte Gewalt tolerieren wir in keiner Form – weder online noch offline. Wir schaffen tragfähige Strukturen, die Hate Speech, Belästigung, sexualisierter und häuslicher Gewalt effektiv entgegenwirken. Wir setzen dabei auf Vorsorge und sprechen in Aufklärungskampagnen gezielt mögliche Täter*innen oder Mitläufer*innen an. Immer mehr gewaltbetroffene Frauen sowie Kinder und Jugendliche suchen Hilfe bei Beratungsstellen und in Frauenhäusern, deren personelle und finanzielle Situation existenzbedrohlich ist. Wir werden Frauennotrufe, Beratungsstellen und Frauenhäuser finanziell ausreichend ausstatten, ihre Aufnahmekapazitäten erhöhen, Prävention und Beratung ausbauen und barrierearme Plätze einrichten. Außerdem bauen wir die Unterstützungs- und Beratungsangebote für Opfer von sexualisierter Gewalt, Stalking und Cybermobbing aus.

Unser Ziel ist, dass kein Mensch in Bayern jemals Opfer einer Vergewaltigung wird. Wenn es doch passiert, ist es das Mindeste, dass der Freistaat für eine qualifizierte Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung sorgt und eine Notfallverhütung sicherstellt. Wir stellen Beratungs- und Hilfsangebote sowie Arbeitsschutz für Prostituierte in ganz Bayern sicher. Zwangsprostitution und Menschenhandel drängen wir zurück mit vernetztem und wirksamem Eingreifen gut geschulter Polizist*innen.

So machen wir Bayern gerecht. Damit ermöglichen wir es auch und insbesondere Frauen, sich und ihre Persönlichkeit frei und vollumfänglich zu entfalten, und schöpfen das volle Potenzial unserer Gesellschaft aus.

Projekte

Hälfte der Macht-Gesetz: Die Hälfte der Macht den Frauen! Das ist ein Leitsatz grüner Frauenpolitik, der auch Einzug in das Wahlrecht halten soll. Durch die Schaffung von Doppelstimmkreisen in Bayern – wobei hier mindestens eine Frau antreten muss – und die verpflichtende Quotierung von Bezirkslisten für die Wahl zum Landtag schaffen wir ein Wahlrecht, das Frauen die Repräsentanz gibt, die ihnen zusteht.

Familienfreundliche Unternehmen: Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen mehr Rücksicht auf Mütter und Väter nehmen. Wir schaffen verbindliche Kriterien für die Zertifizierung von familienfreundlichen Unternehmen über den „Familienpakt Bayern“ hinaus und entwickeln diesen damit weiter. Mit dieser neuen Vergleichbarkeit schaffen wir Anreize, dass mehr Betriebe teilnehmen, und haben zum Ziel, dass alle bayerischen Unternehmen bis 2035 tatsächlich familienfreundlich sind.

Selbstbestimmte Menschen statt Rollenkorsett: Schüler*innen sollen auf ihrem Bildungsweg individuell und kontinuierlich bei ihrer Berufswahl begleitet werden. Allen Jugendlichen soll gleichermaßen ein breites Spektrum beruflicher Tätigkeiten nahegebracht werden. Die überholten Vorstellungen der Potenziale von „Frauen“ und „Männern“ dürfen nicht länger zum Tragen kommen. Eine geschlechtersensible Berufsorientierung soll dazu beitragen, dass alle Jugendlichen jedweden Geschlechts ihre Talente und Interessen entwickeln, erkennen und nutzen können. Zudem soll eine Öffentlichkeitskampagne gestartet werden, die selbstbestimmtes Leben ohne Geschlechterzwänge zum Thema hat.

4.5 VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT

Wir stärken Bayern als weltoffenes, buntes und sicheres Land und kämpfen für Respekt und Akzeptanz aller Menschen, die hier ihre Heimat gefunden haben und finden wollen. Alle sollen im Freistaat in Würde, sicher und frei leben können. Gleiche Rechte, gesellschaftliche Solidarität, das Recht auf Freiheit in Verantwortung und ein selbstbestimmtes Leben – das sind Werte, die für uns alle verbindlich sind, unabhängig von unserer sozialen, ethnischen oder geografischen Herkunft, unserem Geschlecht, Alter, unserer sexuellen Orientierung, Behinderung, unserer Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung. Was Bayern ausmacht und stark macht, das sind der Zusammenhalt und die Vielfalt der Menschen in unserem Land, die immer wieder neue Ideen entwickeln und uns als Gemeinschaft voranbringen, sowie ein starker Rechtsstaat. Jeder Form von Diskriminierung treten wir klar entgegen.

Integration

Von den 13 Millionen Menschen, die in Bayern leben, haben mehr als 3,5 Millionen eine Einwanderungsgeschichte, also etwa jede*r Vierte. Das macht deutlich: Bayern ist ein Land der Vielfalt, in dem Menschen mit unterschiedlichsten Familiengeschichten ganz selbstverständlich zusammenleben, zusammenarbeiten und zusammen unseren weiß- blauen Himmel genießen. Wir GRÜNE haben dabei alle im

Blick, die, die schon länger hier zu Hause sind, oft schon in zweiter oder dritter Generation, aber auch diejenigen, die neu nach Bayern kommen. Passgenaue und verbindliche Integrationsangebote für Menschen mit Migrationsgeschichte sind in unser aller Interesse. Wir schaffen dafür eine Stabsstelle in der Staatskanzlei, die sich primär mit Integration beschäftigt, und richten kommunale Integrationszentren ein. So bauen wir auf Landes- und Kommunalebene flächendeckende und leistungsfähige Strukturen mit einer nachhaltigen Finanzierung auf, die den Prozess der Integration und Teilhabe für alle ermöglichen.

Bildung ist für die Integration von zentraler Bedeutung. Kinder und Jugendliche fördern wir am besten, wenn die Bildungseinrichtungen ihre sozialen Lebenslagen und ihre sprachliche, kulturelle und religiöse Vielfalt anerkennen, verstehen und als Ressource nutzen und wenn die Kinder und Jugendlichen selbst die Freiheit erhalten, alles dafür zu tun, um in unserer Gemeinschaft anzukommen. Dafür statten wir die Bildungseinrichtungen wie KiTa und Schule mit den notwendigen Ressourcen aus und stärken das bürgerschaftliche Engagement im Bereich der Integration. Angesichts der unterschiedlichen Lernvoraussetzungen setzen wir auf differenziertere Förderung und Unterstützung in Kindertageseinrichtungen und Schulen — hierfür müssen mehr Ressourcen geschaffen werden. Wir werden Sprachbildung und -förderung in Kitas und Schulen ausbauen. Diese Angebote werden sich an den konkreten Alltagswelten der Kinder orientieren, sie werden die Kinder auf den Übergang zur Grundschule vorbereiten und sie im Schulalltag unterstützen. Dazu gehört ein schulbasiertes, niederschwelliges, mehrsprachiges und aufsuchendes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Eltern.

Wir etablieren und fördern Demokratiebildung. Wir sensibilisieren für Formen und Auswirkungen von Diskriminierung schon in der Ausbildung sowie bei Fort- und Weiterbildung für Lehrer*innen und Erzieher*innen. Wir werden mehr Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte einstellen, rassismuskritische Inhalte in Lehrpläne und Schulbücher einpflegen und Vielfaltskompetenz in Bildungseinrichtungen und Verwaltung fördern.

Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und andere Antidiskriminierungsprojekte, die die gesellschaftliche Vielfalt fördern, bauen wir aus. Das Konzept der Berufsintegrationsklassen werden wir überarbeiten und diese stärken. Praxis und Forschung zeigen, dass es neue Herausforderungen, aber auch Chancen mit sich bringt, wenn eine Schulklasse sich auf Kinder einstellt, die aus anderen Ländern zu uns kommen.

Jungen Menschen, die zum Studium nach Bayern gezogen sind und nach dem Abschluss bleiben möchten, bieten wir passgenaue Informationen und Bewerbungstrainings an. Wir intensivieren dafür Kooperationen mit der Privatwirtschaft, der Bundesagentur für Arbeit und regionalen Partnerorganisationen. Hochschulen unterstützen wir dabei, Anpassungsqualifizierungen für zugewanderte Akademiker*innen zu konzipieren.

Geordnete Verfahren sind für uns essenziell. Wir wollen die Einwanderung aktiv gestalten. Deswegen bauen wir Hürden ab, die Menschen mit Migrationsgeschichte beim Zugang zum Arbeitsmarkt benachteiligen. Wir verbessern die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, denn auch in anderen Ländern erhalten Krankenpfleger oder Ingenieurinnen eine gute Ausbildung. So erleichtern wir die

Integration und wirken unserem Fach- und Arbeitskräftemangel schneller entgegen. Wir investieren mehr in Nach- und Weiterqualifizierung. Für Asylbewerber*innen verbessern wir den Zugang zum Arbeitsmarkt, Arbeitsverbote und Hürden durch das Aufenthaltsrecht bauen wir ab. Wir starten gemeinsam mit den Kammern und Verbänden eine Qualifizierungsoffensive in Mangelberufen, um das Nachholen eines Berufsabschlusses zu ermöglichen. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst fördern wir gezielt.

Wir verstärken die Unterstützung des Staates, wenn Menschen mit Migrationsgeschichte sich selbst organisieren und ihre Interessen in Initiativen, Vereinen, Verbänden und Integrations(bei)räten bündeln. Wir fördern kulturelle Teilhabe, weil positive Erfahrungen von Zugehörigkeit und Anerkennung die Integration erleichtern. Wir werden ein konsequentes Vielfaltsmanagement in Kultureinrichtungen etablieren und ein Gesamtkonzept entwickeln mit dem Ziel, Benachteiligungen aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Alter oder sexueller Identität abzubauen und Chancengleichheit herzustellen.

Wir wissen um den Kraftakt der Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten. Ehrenamtliche und Verwaltung leisten Enormes. Als Freistaat unterstützen wir die Kommunen finanziell entsprechend der tatsächlichen Aufwendungen für die Unterbringung, Betreuung und Integration Geflüchteter und mit der Bereitstellung von landeseigenen Immobilien für die Unterbringung. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für alle Geflüchteten in Bayern durch geordnete Verfahren, die Schaffung einer menschenwürdigen Aufnahme, einer guten Betreuung, schneller Integrationsmaßnahme und Rechtsberatung. Die strikte Zuweisung in Kommunen gegen den Wunsch der Betroffenen und die lange Unterbringung in Massenunterkünften wollen wir ändern. Asylverfahren werden wir rechtssicher, schnell, fair und transparent gestalten. Die sogenannten AnkER-Einrichtungen wandeln wir in reguläre Erstaufnahmeeinrichtungen um. Wir bringen alle Geflüchteten so schnell wie möglich dezentral unter und sorgen für den schnellen Zugang zu Deutschkursen.

Mit der konsequenten Umsetzung des „Chancen-Aufenthaltsrechts“ der Bundesregierung reduzieren wir die Anzahl der Menschen, die sich von Duldung zu Duldung hangeln müssen, auf null. Wir werden keine Menschen zwangsweise in Kriegs- und Krisenländer abschieben. Mit einem Abschiebehaftvollzugsgesetz werden wir den Einsatz der Abschiebehaft deutlich reduzieren. Wir gestalten die dafür vorgesehenen Anstalten um und stellen entsprechend qualifiziertes Personal für die rechtliche und soziale Betreuung und Beratung der Geflüchteten bereit.

Wir sorgen dafür, dass die Asylpolitik in Bayern der besonderen Schutzbedürftigkeit von queeren Geflüchteten gerecht wird. Wir stoppen die derzeitige Abschiebepraxis, setzen uns für eine sichere Unterbringung ein und errichten eine Landeskoordinierungsstelle zur besseren Vernetzung spezieller Beratungs- und Hilfsmaßnahmen für queere Geflüchtete.

Queeres Bayern

Ein selbstbestimmtes Leben muss für alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, jederzeit und überall möglich sein. Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und inter* Personen sowie alle anderen queeren Menschen gehören zu einer Personengruppe, die mit am meisten

Diskriminierung erfährt. Deswegen treiben wir die vollständige Gleichstellung von LSBTIQ* Personen voran.

Dazu legen wir einen Aktionsplan für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vor, um alltägliche Diskriminierung, Intoleranz und gewaltsame Übergriffe zu beenden.

Bayern muss sich als letztes Bundesland ohne Aktionsplan den Benachteiligungen queerer Menschen endlich stellen und in den Bereichen Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Beratung, Asyl und Migration, Sport und Freizeit, öffentlicher Dienst, Erinnerungskultur sowie Sichtbarkeit dafür sorgen, Diskriminierung ab- und Akzeptanz aufzubauen. Die darin festgehaltenen Maßnahmen werden wir regelmäßig evaluieren, anpassen und finanziell solide ausstatten.

Wir schaffen niederschwellige Unterstützungs- und Beratungsangebote für queere Jugendliche und Erwachsene gerade auch auf dem Land und setzen dabei auf die Expertise bereits bestehender Institutionen, die engagiert und oft rein ehrenamtlich tätig sind. Mit Kampagnen zur Steigerung von Akzeptanz in Tagesstätten, Schulen und an Ausbildungsstellen stärken wir junge Menschen in der Coming-out-Phase.

Bei der Polizei setzen wir feste Ansprechpersonen für Opfer queerfeindlicher Straftaten ein. Das Stadt-Land-Gefälle in den Bereichen Beratung und Gesundheit werden wir stetig abtragen und für gleiche Verhältnisse im Allgäu und in Nürnberg, im Bayerischen Wald und in München sorgen.

Analog zur Bundesregierung werden wir in der Bayerischen Staatsregierung eine*n Queer- Beauftragte*n einsetzen, die*der die Evaluation des Aktionsplans verantwortet und eine unüberhörbare Stimme für die Community ist.

Religion und Weltanschauungen

Wir setzen uns dafür ein, dass die religiöse und weltanschauliche Vielfalt in Bayern sichtbar ist und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird. Wir wollen erreichen, dass Schüler*innen nicht mehr nur nach Konfessionen getrennt unterrichtet werden, sondern zunehmend in einen gemeinsamen Dialog über Glaubens- und Wertefragen treten. Eine gleichberechtigte Teilhabe der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften fördern wir in allen Gesellschaftsbereichen. Als Voraussetzung hierfür erwarten wir ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz. Das Recht auf freie und sichere Religionsausübung ist für uns nicht verhandelbar. Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und weiteren Formen religionsbezogener Diskriminierung stellen wir uns konsequent entgegen.

Projekte

Diskriminierungsfrei leben im Alter: Viele queere Menschen haben keine Kinder und Freund*innen im gleichen Alter. Daher sind sie im Pflege- und Betreuungsfall oft auf sich allein gestellt. Um LSBTIQ*-Senior*innen in entsprechenden Einrichtungen diskriminierungsfrei unterbringen zu können, fördern wir Einrichtungen finanziell, die eine Zertifizierung mit dem Siegel „Lebensort Vielfalt“ anstreben, mit dem Ziel, Senior*innen queersensibel zu betreuen und zu pflegen. Das Siegel umfasst die komplette interkulturelle Sensibilisierung, das heißt auch unterschiedliche Religionen und Migrationsgeschichten.

Schnellere Anerkennung von ausländischen Qualifikationen: Monatelang warten Menschen auf die Anerkennung ihrer ausländischen Abschlüsse und Qualifikationen, um in Bayern zu arbeiten oder sich weiterbilden zu können. Das muss schneller gehen: für die Betroffenen, aber auch für die Firmen, die händeringend Arbeits- und Fachkräfte benötigen. Wir werden die Anerkennungsstellen personell massiv aufstocken, damit der Bearbeitungsstau sich schnell löst.

Kommunale Integrationszentren: Integration findet vor Ort statt und gelingt auch nur dort. Die Kommunen unterstützen wir dabei mit flächendeckenden und übersichtlichen Strukturen. Wir entbürokratisieren das Fördersystem, bezuschussen die kommunalen Unterkünfte und fördern die Asylsozialberatung ohne monetären Eigenanteil. Wir schaffen die AnkER-Zentren sukzessive ab und stellen stufenweise auf dezentrale Unterbringung um. Dies stimmen wir mit dem kommunalen Kapazitätsaufbau eng ab. In den kommunalen Integrationszentren werden alle Ebenen der Integration miteinander verzahnt, um den Integrationsprozess zu beschleunigen und diesen für alle übersichtlicher zu gestalten. Den Ausländerbehörden machen wir den Weg frei, ihren Ermessensspielraum zugunsten der Betroffenen auslegen zu können. Wir sorgen für eine einheitliche Kommunikation in einfacher Sprache. So verbessern wir erreichte Standards.

4.6 LEBENDIGES BAYERN STÄRKEN – EHRENAMT, MEDIEN, KULTUR UND SPORT

Freie Kunst und Kultur und eine vielfältige Medienlandschaft sind elementare Bausteine weltoffener und demokratischer Gesellschaften. Genauso wie Kunst und Kultur schafft der Sport Orte der Begegnung, der gesellschaftlichen Debatte und lebendiger Demokratie. Das Ehrenamt stärkt unserer Gesellschaft den Rücken. Sie alle fördern Teilhabe und Integration und geben uns als Gesellschaft Sicherheit in unsicheren Zeiten.

Starkes bayerisches Ehrenamt

Ohne Bayerns Ehrenamtliche wäre unsere Gesellschaft arm. Wir sorgen für gute Rahmenbedingungen für alle, die sich engagieren und unterstützen das bürgerschaftliche Engagement: von einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf über mehr Möglichkeiten für Aus- und Fortbildungen bis hin zum Ausbau der hauptamtlichen Strukturen, damit diese die Ehrenamtlichen gut begleiten können. Die Freistellung ehrenamtlicher Einsatzkräfte für Ausbildungs- und Trainingszeiten forcieren wir.

Engagierter Sport

Sport macht Spaß, ist gut für unsere Gesundheit und bringt die unterschiedlichsten Menschen zusammen. Die vielen Engagierten im organisierten Sport vermitteln die Werte einer weltoffenen und solidarischen Gesellschaft. Wir unterstützen das Engagement der vielen Ehrenamtlichen mit Aus- und Fortbildungen, Bildungsurlaub und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Vereinsarbeit. Wir stärken den Vereinssport und machen Hallen und Plätze zu Begegnungsstätten für alle. Beim Bau und bei der Sanierung von Sportstätten legen wir den Schwerpunkt auf Klimaschutz, Barrierefreiheit und vielfältige Nutzungsmöglichkeiten. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind bis zum Ende der Grundschulzeit schwimmen gelernt hat. Dafür lösen wir den Investitionsstau auf und sorgen für intakte Schwimmbäder in ganz Bayern. Durch

engere Kooperation mit Wasserrettungsorganisationen und Vereinen stärken wir den Schulschwimmunterricht.

Bürgerrechte enden nicht am Stadiontor. Daher lehnen wir die anlasslose Speicherung der Daten von Fußballfans ab. Wir wollen weiterhin ein sicheres Stadionerlebnis für alle und geben deshalb den bayerischen Fanprojekten langfristige Finanzierungssicherheit. Wir verbessern die Kooperation und Kommunikation zwischen allen Beteiligten und setzen ein Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei Profifußballspielen auf.

Ein Teil unseres Lebens findet heute im Internet statt – das gilt auch für den Sport. Wir möchten die Entwicklung des E-Sport aktiv begleiten und für Rechtssicherheit sorgen. E- Sport-Vereine sollen als gemeinnützig anerkannt werden. Auch beim E-Sport setzen wir auf Fairness und sorgen dafür, dass Vielfalt, Jugendschutz und ein gutes Miteinander ohne Diskriminierung selbstverständlich sind. Wir unterstützen den organisierten Sport in seiner Präventionsarbeit, um sexuellem Missbrauch auch im Sport entschieden entgegenzutreten.

Medien und Medienkompetenz

Qualitätsjournalismus und Medienkompetenz sind die Wegweiser durch die Informationsfluten in der heutigen Welt. Presse- und Meinungsfreiheit sind für uns Grundpfeiler des demokratischen Zusammenlebens.

Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eine unerlässliche Stütze für unsere Demokratie. Wir setzen uns für einen qualitativ hochwertigen, sicher finanzierten und transparent wirtschaftenden Bayerischen Rundfunk ein. Nonlineare Strukturen gilt es auszubauen und Inhalte auch der anderen Öffentlich-Rechtlichen leichter auffindbar zu machen. Der Bayerische Rundfunk, überregionale Zeitungen und Heimatzeitungen, lokale und überregionale Fernsehsender und private Radiosender bereichern die bayerische Medienvielfalt genauso wie nichtkommerzielle Bürgerradios. Diese Medienvielfalt wollen wir weiter stärken. Mit uns gibt es faire Wettbewerbsbedingungen und ein Förderkonzept, ausgerichtet an der Qualität der Inhalte und der Sicherung der Meinungsvielfalt. Der Zugang zu Qualitätsmedien – online wie offline – muss für alle Menschen in Bayern möglich sein.

Die Medienaufsichtsgremien sind wichtig für die Kontrolle und Transparenz. Sie müssen die Vielfalt der bayerischen Gesellschaft besser widerspiegeln: Mit uns sind sie in Zukunft paritätisch besetzt, jünger und bunter.

Qualitativ hochwertiger Journalismus braucht attraktive Arbeitsverhältnisse, angemessene Entlohnung und eine gute Ausbildung, die Kreativität gedeihen lässt, ohne Selbstausbeutung zur Voraussetzung für den Beruf zu machen. Den Gender-Pay-Gap werden wir schließen, öffentliche Mittel gibt es mit uns nur noch, wenn Männer und Frauen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen.

Unsere Demokratie braucht kompetente Mediennutzer*innen. Wir stärken die Medienkompetenz aller Menschen in Bayern durch zielgruppengerechte Förderung. Dazu statten wir die verschiedenen Träger mit ausreichenden Mitteln für die schulische und außerschulische Arbeit aus. Alle pädagogischen Fachkräfte bilden

wir im Bereich Medienkompetenz aus und weiter. Durch das Fach „Digital- und Medienbildung“ hat das Thema einen festen Platz in unseren Schulen.

Kunst, Kultur und Film

Bayerns Kunst und Kultur sind reich, vielfältig und kraftvoll. Die Kunstfreiheit ist in Bayern zu Recht in der Verfassung verankert, mit uns GRÜNEN wird die Vielfalt der Kunst und Kultur in ganz Bayern gefördert. Eine gute Kulturpolitik verlangt nach einer verlässlichen Finanzierung. Den Bayerischen Kulturfonds reformieren wir. Wir ermöglichen Kultur für und mit allen und sichern die Vielfalt und die Freiheit unabhängig von Organisations- oder Ausdrucksform auf dem Land und in der Stadt. Mit einem breiten Beteiligungsprozess erarbeiten wir einen Landeskulturentwicklungsplan. Wir treten ein für die sozial- ökologische Nachhaltigkeit aller Kultureinrichtungen und bauen diese barrierefrei aus. Den vielfältigen Investitions- und Sanierungsstau im Kulturbereich lösen wir auf.

Wir stärken die Kooperationen für kulturelle Bildung inner- und außerschulisch und fordern kulturelle Bildung für alle Altersgruppen. Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des bayerischen Musikplans ein, bauen die Unterstützung für die Jugendkunstschulen aus und stärken die Soziokultur. Die Zugänge zu den Schätzen unserer Sammlungen, der Theater und Konzerthäuser wollen wir für alle Menschen ausbauen, sowohl offline als auch online. Kulturorte sind Orte der Begegnung für alle, und wir unterstützen die, die ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden engagiert sind.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft von Kino bis Konzerthaus erzeugt Wertschöpfung in Bayern. Sie bietet eine kulturelle Grundversorgung und ist wichtiger Standortfaktor und Tourismusmagnet. Wir fördern sie deshalb mit gezielten Programmen. Wir sorgen dafür, dass die öffentliche Hand bei Aufträgen und Förderprogrammen mit Mindestgagen und Mindesthonoraren vorangeht. Dabei schließen wir den Gender-Pay-Gap und den Gender- Show-Gap in der Kulturszene, denn Frauen bekommen immer noch weniger Gelegenheiten zum Auftreten. Die Mittelvergabe erfolgt nach klaren und transparenten Kriterien.

Fördermittel koppeln wir an Paritäts- und Vielfaltskriterien sowie Nachhaltigkeitskonzepte. Den Fachkräftemangel bekämpfen wir aktiv. Um die Filmbranche auf ihrem Weg zur sozial- ökologischen Nachhaltigkeit zu unterstützen, führen wir einen „Sozial-Drehpass“ ein und fördern so Produktionen, die Sozialstandards von Familienfreundlichkeit bis Fair Pay bereits vorbildlich einhalten.

Eine lebendige Erinnerungskultur ist zentral für eine demokratische Gegenwart und Zukunft. Die dunklen Kapitel unserer Geschichte wie die Verbrechen des Nationalsozialismus und der deutschen Kolonialzeit wirken bis heute fort, deshalb müssen wir sie immer wieder und immer weiter im engen Schulterschluss mit allen Beteiligten transparent und umfassend aufarbeiten. Dafür statten wir die bayerischen Gedenk-, Lern- und Erinnerungsorte bedarfsgerecht aus und unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen. Wir greifen Kommunen finanziell unter die Arme, wenn sie Straßen und öffentliche Gebäude, die nach historischen Täter*innen benannt sind, umbenennen.

Denkmalschutz

Jahrhundertealte Fachwerkhäuser, stattliche Bauernhöfe, verspielte Rokoko-Kapellen: Bayerns Denkmäler sind so vielfältig wie seine Menschen. Wir wollen unsere reiche bayerische Denkmallandschaft erhalten und behutsam in das 21. Jahrhundert führen, indem wir zum Beispiel mehr Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden ermöglichen und die Wärmedämmung modernisieren. Die Denkmalinstitutionen statten wir personell und finanziell besser aus, damit die Bearbeitungszeiten bei der Beantragung und Zuweisung von Fördermitteln reduziert werden. Wir erhöhen die finanziellen Mittel für Kommunen und private Eigentümer*innen für die Sanierung ihrer Denkmäler. Denn nicht nur die großen Sehenswürdigkeiten, sondern gerade auch die vielen kleineren Denkmäler prägen unsere Heimat und brauchen unseren Schutz. Wir beseitigen die Vollzugsdefizite bei Verstößen gegen das Bayerische Denkmalschutzgesetz, damit wertvolle Denkmäler nicht verfallen oder gar mutwillig zerstört werden.

Projekte

Ein Haus für die kulturelle Bildung in Bayern: Kulturelle Bildung ist der Nährboden für unsere vielfältige Kulturlandschaft in Bayern. Kinder und Jugendliche, die schon früh ihre individuelle Kreativität entdecken und ausleben können, stehen mit beiden Beinen im Leben. Die Entscheidung, sich später einmal selbst in einem kreativen Beruf zu verwirklichen, entspringt oft positiven Erfahrungen in der Kindheit. Erwachsene profitieren ebenso von Angeboten der kulturellen Bildung – diese gewährleisten lebenslanges Lernen und bringen zudem jede Menge Freude! Wir wollen die kulturelle Bildung in Bayern strukturell stärken.

Deshalb gründen wir ein Haus für kulturelle Bildung, das als zentrale Stelle Mittel an Projekte der kulturellen Bildung vergibt, Weiter- und Ausbildungen anbietet und die unterschiedlichen Verbände und Vereine vernetzt.

Jedes Kind soll schwimmen lernen! Zu jeder Jahreszeit kommen Jung und Alt in unseren Bädern, an unseren Flüssen und Seen zusammen und genießen die erfrischende Bewegung im Wasser. Schwimmen zu können kann Leben retten und ist die Basis für sämtliche Sportarten, die im und auf dem Wasser stattfinden. Wir GRÜNE wollen allen Bürger*innen Zugang zu diesen Disziplinen ermöglichen, vor allem wollen wir die Zahl der Badetoten in Bayern drastisch reduzieren. Jedes Kind soll nach Abschluss der Grundschule sicher schwimmen können. Damit das gelingt, setzen wir ein Sanierungsprogramm für unsere Schwimmbäder auf, kurbeln die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften an und stärken Kooperationen mit Wasserrettungsorganisationen und Schwimmvereinen, damit flächendeckend Schwimmunterricht stattfindet, wie es der Lehrplan vorsieht.

4.7 FREI UND SICHER IM DEMOKRATISCHEN BAYERN LEBEN

Alle Menschen sollen in Bayern frei und in Sicherheit leben – in Vielfalt, in Selbstbestimmung und in Würde. Dazu stärken wir staatliche Institutionen und rechtsstaatliche Verfahren und wahren die Bürgerrechte. Wir schützen unsere Demokratie und stärken sie. Wir wollen eine zielgerichtete und effektive Gefahrenabwehr. Um Kriminalität und Gewalt erfolgreich einzudämmen, denken wir Sicherheitspolitik immer umfassend: Präventionsarbeit, Bildungs- und Deradikalisierungsmaßnahmen, gute Sozialpolitik, Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit gehören für uns genauso dazu wie eine enge

europäische Kooperation. Wir schützen Rettungskräfte, Feuerwehr und Polizei mit einem Maßnahmenpaket vor Gewalt.

Demokratie

Unsere Demokratie ist kostbar und nicht selbstverständlich. Wir schützen sie und entwickeln sie weiter. Damit unsere Verfassung stark bleibt, braucht sie ein wohldosiertes Update. Mit uns gibt es im ersten Schritt das Wahlalter 16 für Kommunal-, Bezirks- und Landtagswahlen sowie Volks- und Bürgerentscheide. Ab dem 14. Lebensjahr können Schüler*innen in Zukunft selbst entscheiden, welchen Religionsunterricht sie besuchen. Und wir streichen das Mindestalter für das Amt der Ministerpräsidentin beziehungsweise des Ministerpräsidenten.

Wir fördern die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen, zum Beispiel in Form von Jugendparlamenten oder Jugendgemeinderäten und regeln dazu ihre Beteiligungsrechte in der Bayerischen Gemeindeordnung. Die Bürgerversammlungen sind offen für alle Einwohner*innen, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Alter. Wahlunterlagen gibt es in Zukunft grundsätzlich in einfacher Sprache.

Wir wollen, dass die Menschen ihr Bayern besser mitgestalten und mehr mitbestimmen können. Dafür brauchen die Bürger*innen verständlichere Informationen. Mit uns gibt es ein Transparenzgesetz nach dem Grundsatz: Öffentliche Informationen werden öffentlich gemacht, private Informationen bleiben privat. So gelingt Informationsfreiheit in Bayern. In der Bayerischen Gemeindeordnung verankern wir das umfassende Recht auf Auskunft für Kommunalpolitiker*innen, die Fragen an die Verwaltung vor Ort haben. Wir stärken die Korruptionsprävention in der öffentlichen Beschaffung.

Wir stärken die direkte Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung: Die Hürden für Volksbegehren werden gesenkt und Volksentscheide auch dann ermöglicht, wenn sie finanzielle Auswirkungen haben könnten oder nur einzelne Maßnahmen betreffen. Die Bindungswirkung von Bürgerentscheiden verlängern wir auf zwei Jahre. Innovative Beteiligungsmodelle wie Bürgerräte, Planungszellen, Bürgergutachten und Adhocracy- Software wollen wir in ganz Bayern erproben. Wir machen das Petitionsrecht zum bürgerfreundlichsten in ganz Deutschland [siehe Kapitel 4.2].

Zur Demokratie gehört auch die Stärkung der Grund- und Bürgerrechte. Deshalb werden wir ein Versammlungsfreiheitsgesetz erlassen und uns weiter dafür einsetzen, dass das Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz eingehalten statt aufgeweicht wird.

Bürgernahe Sicherheitsbehörden

Die Polizei muss mit den Mitteln ausgestattet sein, die sie benötigt, um effektive Gefahrenabwehr zu betreiben und Straftaten erfolgreich aufzuklären. Unsere Polizist*innen entlasten wir bei vollzugsfremden Aufgaben, denn die Polizei ist nicht für die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme zuständig. Im Sinne einer umfassend verstandenen Sicherheit muss die gesamte öffentliche Infrastruktur gestärkt werden. Wir sorgen flächendeckend für mehr Personal und moderne Polizeitechnik. Bei Ausrüstung und Dienstgebäuden lösen wir den Investitionsstau auf. Wir fördern die Vielfalt, sensibilisieren gegen Diskriminierung, modernisieren die Ausbildung und verankern regelmäßige

Fortbildungen, stärken die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Möglichkeit zur Supervision. Mit uns wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden im Ausland und in anderen Bundesländern intensiviert, denn Kriminalität macht auch nicht an der Grenze halt. Auch gibt es mit uns eine virtuelle Polizeiwache, in der Bürger*innen zum Beispiel schnell und bequem Anzeige erstatten können, wenn sie online Vergewaltigungsandrohungen bekommen.

Die Bekämpfung von Hass im Netz, Internet- und Computerkriminalität werden wir intensivieren. Wir benötigen mehr IT-Spezialist*innen und schulen die Beamt*innen flächendeckend in diesem Bereich. Es braucht ein Landesmaßnahmenpaket gegen die organisierte Kriminalität, das auch eine verstärkte Bekämpfung der Geldwäsche beinhaltet. Terrorismus bekämpfen wir effektiv und zielgerichtet. Einen Fokus legen wir auf die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Gewalt gegen Frauen. Wir werden Gefährder*innen engmaschig überwachen und deren Netzwerke aufdecken. Wir modernisieren das Polizeiaufgabengesetz und lehnen es entschieden ab, die

Eingriffsschwellen in Grund- und Bürgerrechte abzusenken und Menschen bis zu zwei Monate in Präventivhaft zu stecken. Mit uns gibt es die individuelle Kennzeichnung für uniformierte Polizeibeamt*innen, eine Studie zu institutionellem Rassismus innerhalb der Sicherheitsbehörden und eine*n unabhängige*n Polizeibeauftragte*n mit Ermittlungskompetenz. Damit stärken wir die Fehlerkultur und das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger*innen und Polizei. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz reformieren wir, dessen Kontrolle durch das Parlament stärken wir. Es soll eng mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um aktuelle Gefahren für die Demokratie rechtzeitig und umfassend zu erkennen.

Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Wir stehen an der Seite aller Demokrat*innen. Wir treten konsequent und entschieden ein gegen Demokratiefeind*innen, Reichsbürger*innen und Verschwörungsideolog*innen, aber auch gegen Hassrede, Antisemitismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung.

Rechtsextremismus stellt aktuell die größte Gefahr für die innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bayern dar. Rechtsextreme Hetze, Alltagsrassismus und Gewalttaten sowie die verschwörungsideologische Szene haben in den vergangenen Jahren in einem erschreckenden Ausmaß zugenommen und dürfen nicht verharmlost werden. Wir bauen die digitalen Analysekapazitäten in den Sicherheitsbehörden aus: Täter*innen, die sich primär über soziale Netzwerke, Foren und Plattformen organisieren und radikalisieren, dürfen nicht länger unterhalb des Radars bleiben. Den Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechtsextreme Szene werden wir deutlich erhöhen. Aktivitäten rechtsextremer Bürgerwehren in Bayern unterbinden wir konsequent und schöpfen alle Möglichkeiten eines Verbots nach dem Vereinsrecht aus. Verbote von Neonaziparteien und -gruppierungen prüfen wir.

Die Fahndung nach untergetauchten Rechtsextremist*innen intensivieren wir und vollstrecken offene Haftbefehle. Rechtsextremist*innen und Reichsbürger*innen entwaffnen wir konsequent. Bei der Aufdeckung illegaler Waffenlager müssen zudem

mögliche Bezüge zum Rechtsextremismus von den Sicherheitsbehörden systematisch aufgeklärt werden. Alle offenen Verdachtsfälle im Bereich rechter Gewalttäter*innen werden wir systematisch überprüfen und strenger beobachten als bisher. Dabei nutzen wir das einheitliche und differenzierte Risikobewertungssystem, welches für islamistische Gewalttäter*innen bereits erfolgreich eingeführt wurde. Entradikalisierungs- und Aussteigerprogramme bauen wir massiv aus.

Für den Schutz besonders bedrohter Einrichtungen wie Unterkünfte von Geflüchteten, Synagogen oder Moscheen erarbeiten wir in enger Abstimmung mit den jeweiligen Trägern und Nutzer*innen landesweite Notfallpläne.

Wir richten eine „Koordinierungsstelle Demokratie“ ein, die die Verwaltung für demokratiefeindliche Strömungen sensibilisiert und sich mit der Zivilgesellschaft vernetzt. Und wir legen ein bayerisches Förder- und Aktionsprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft auf. Mit uns gibt es ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz, eine Bayerische Antidiskriminierungsstelle und einen Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wir investieren in politische Bildungsarbeit und Medienkompetenz innerhalb und außerhalb der Schule und stärken die aufsuchende Jugendarbeit, bei der Sozialpädagog*innen gezielt dorthin gehen, wo Jugendliche sich treffen, ob am Skatepark oder Supermarkt-Parkplatz. Beratungsstellen für Betroffene statten wir mit genug Mitteln aus beziehungsweise richten wir in allen Teilen Bayerns ein. Wir schützen alle Demokrat*innen vor Angriffen und verfolgen die Täter*innen konsequent, egal ob sie im Internet oder von Angesicht zu Angesicht angreifen.

Die Empfehlungen der verschiedenen NSU-Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Landesebene setzen wir um. Weitere Unterstützungsnetzwerke des NSU in Bayern decken wir auf.

Repression und Prävention allein reichen jedoch nicht. Wir alle tragen Verantwortung, unsere Demokratie zu verteidigen und zu stärken – und das jeden Tag.

Katastrophenschutz der Zukunft

Schon heute arbeiten ehrenamtliche und hauptamtliche Einsatzkräfte bei der Feuerwehr, bei Rettungsdiensten und weiteren Hilfsorganisationen teilweise am Limit. Ob Hochwasser, Schneechaos, Dürre oder Hitzewellen – durch das Fortschreiten der Klimakrise wird die Arbeit noch mehr. Wir stärken deshalb die kommunale Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz und statten sie besser aus. Wir fördern Innovationen wie beispielsweise moderne Löschroboter. Durch höhere Fördersätze und Unterstützung bei der Ausschreibung regen wir an, dass Kommunen sich künftig häufiger zusammentun, um neue Rettungsausstattung zu kaufen.

Wir legen den Fokus auf eine fundierte und praxisnahe Ausbildung durch mehr Plätze an den Ausbildungszentren und ausreichend Lehrpersonal. Es braucht eine gute Vereinbarkeit von Ehrenamt, Berufs- und Familienleben und mehr Anerkennung durch die Arbeitgeber*innen – schließlich erwerben Menschen im Ehrenamt Kompetenzen, die ihnen wiederum im Beruf nützlich sind. Wir bauen die Möglichkeiten aus, damit Rettungskräfte Kinderbetreuung in Anspruch nehmen und auch virtuell an Aus- und Fortbildungen teilnehmen können. Um mehr Menschen für

das Engagement zu begeistern, wollen wir eine Kampagne zur Frauenförderung aufsetzen, speziell Menschen mit Migrationsgeschichte einladen und außerdem Menschen mit Behinderung besser einbinden. Auch braucht es ausreichend psychosoziale Notfallversorgung.

Im Katastrophenfall muss die Bevölkerung schnell gewarnt werden. Deshalb investieren wir in mehr akkubetriebene Sirenen für ganz Bayern und klären die Bevölkerung auf, sodass alle wissen, was der Sirenenton bedeutet. Darüber hinaus muss moderne Krisenkommunikation barrierefrei, mehrsprachig und über verschiedene Kanäle erfolgen. Für jede Kommune müssen vorbeugend Starkregen-Modellrechnungen erstellt werden, um daraus Handlungsmaßnahmen abzuleiten – dafür setzen wir ein Förderprogramm auf. Die Notfallversorgung mit Trinkwasser, Funkmasten und Strom muss ausgebaut werden. Wir investieren in den Schutz der kritischen Infrastruktur, denn sie ist buchstäblich die Lebensadern unserer Gesellschaft.

Starke Justiz für Bayern

Bayerns Justiz sichert unsere Grundrechte und schafft die Voraussetzungen für ein Leben in Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit. Mit uns gibt es eine gut ausgestattete Justiz, einen modernen Strafvollzug und eine Weiterentwicklung des Rechtssystems in unserer demokratischen und freien Gesellschaft. Wir sorgen dafür, dass deutlich mehr Richterinnen, Staatsanwälte und Justizbedienstete angestellt werden können, und verbessern die sachliche und räumliche Ausstattung in ganz Bayern. Mit uns wird ein richterlicher Bereitschaftsdienst eingeführt, der rund um die Uhr arbeitet, sodass die Polizei niemanden mehr stundenlang festhalten muss, weil bei Gericht niemand zu erreichen ist, der über eine Untersuchungshaft entscheiden kann. Die Justizverwaltung wird mit uns vollständig digitalisiert. Wir stellen sicher, dass alle Menschen ihre Rechte bei Bedarf schnell vor Gericht einklagen können und dass die Justiz eine allgemein verständliche Sprache verwendet. Wir wollen die juristische Ausbildung deutlich reformieren und modernisieren.

Beispielsweise ermöglichen wir in Bayern das E-Examen auch im ersten Staatsexamen und führen gemeinsam mit den Fakultäten den integrierten Bachelor ein.

Die Unabhängigkeit der Justiz ist für uns zentral. Deswegen schränken wir das Weisungsrecht der Staatsregierung gegenüber den Staatsanwaltschaften ein und lassen leitende Richter*innen künftig durch Wahlgremien ernennen.

Wir stärken den Täter-Opfer-Ausgleich und binden Opfer in alle Stufen des Verfahrens ein. Wir stärken die Betreuung und Unterstützung von Kriminalitätsopfern auf Basis der vorhandenen Strukturen. Der beste Schutz vor weiteren Straftaten ist, wenn Straftäter*innen nach der Entlassung nicht erneut Straftaten begehen. Deswegen stellen wir das Resozialisierungsziel im Strafvollzug klar in den Vordergrund und sorgen für mehr Therapieangebote und mehr offenen Vollzug. Dazu erarbeiten wir ein Resozialisierungsgesetz. Zudem verbessern wir die medizinische Versorgung in den Gefängnissen, stärken das Mitspracherecht der Gefangenen und erweitern die Kontaktmöglichkeiten der Inhaftierten mit ihren Angehörigen. Den Arbeitslohn für arbeitende Gefangene passen wir an den Mindestlohn an, denn ehrliche Arbeit muss sich lohnen.

Projekte

Bayerische Antidiskriminierungsstelle: Die Bayerische Antidiskriminierungsstelle ist die zentrale Anlaufstelle für alle Fragen zum Thema gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierungsschutz. Sie ist die Schnittstelle zwischen staatlichen Einrichtungen und Bürger*innen. Erlebt jemand eine Diskriminierung, kann sie sich an die Ombudsstelle innerhalb der Antidiskriminierungsstelle wenden. Dort gibt es dann eine rechtliche Einordnung sowie Beratung. Die Antidiskriminierungsstelle ist ein Teil des Landesaktionsplans gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Reform des Polizeiaufgabengesetzes (PAG): Kein Gesetz der CSU-Regierung ist in den vergangenen Jahren in der Bevölkerung auf derart heftigen Widerstand gestoßen wie die Reform des Polizeiaufgabengesetzes (PAG). Die CSU hat das PAG gegen die berechtigte Kritik aus Fachkreisen und der Zivilgesellschaft durchgedrückt. Wir GRÜNE klagen vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Wir setzen uns für eine Reform ein und wollen unter anderem den unbestimmten Begriff der „drohenden Gefahr“ aus dem PAG streichen. Wir sehen darin eine verfassungswidrige Vernachrichtendienstlichung der Polizei, denn diese bekommt Befugnisse weit im Gefahrenvorfeld. Auch die Präventivhaft, bei der Menschen bis zu zwei Monaten schon bei der bloßen Gefahr der Begehung von Ordnungswidrigkeiten eingesperrt werden können, werden wir abschaffen. Bayern ist ein sicheres Land, und wir schützen die Freiheitsrechte der Bürger*innen!

Gewalt gegen Rettungskräfte, Feuerwehr und Polizei eindämmen: Wir schützen die Einsatzkräfte vor Gewalt. Es ist nicht akzeptabel, dass Menschen, die anderen Menschen in Notlagen helfen, Ziel von Angriffen werden. Alkohol ist in sehr vielen Fällen Ursache Nummer eins für verbale und körperliche Aggression und Gewalt gegen Sanitäter*innen, Feuerwehrleute und Polizist*innen. Wir wollen deswegen die Alkohol- und zielgruppenspezifische Gewaltprävention ausbauen, ein Landeslagebild zur Aufschlüsselung der Taten und eine Dunkelfeldstudie erstellen. Außerdem weiten wir die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Deeskalation und Selbstverteidigung der Helfer*innen aus. Es braucht auch mehr Opferschutz in Form von Beratungsangeboten.